Flügge werden!

oder

Die Krise der Demokratie als Chance für kollektive Selbstorganisation

Sabine Steldinger

Demokratische Bildung oder selbstbestimmte Bildung?

Auf der diesjährigen EUDEC wurde viel mit den öffentlichkeitswirksamen Worthülsen von "Demokratie", "Rechten" und "Gleichberechtung" jongliert. Kaum wurde ein Nebensatz darauf verwendet, klarzustellen, was sich konkret dahinter verbirgt. Sie hüllen sich wie ein weißes Mäntelchen beschwichtigend um alle tatsächlichen Unterschiede. In einem Workshop zu "Demokratie Leben in KiGa und Krippe" wurde dargestellt, dass unter Demokratie konkret "Autonomie und Mitbestimmung" verstanden wird. Mit Autonomie ist Selbstbestimmung in allen Bereichen gemeint, die nur einen selbst was angehen. In diesem Workshop ging es zum Beispiel darum, dass Kleinkinder selbst entscheiden sollen dürfen, wann sie auf Klogehen lernen wollen – also vorallem um die Versorgung des eigenen Körpers.

Der Anspruch der Mitbestimmung wird durch eine Vollversammlung realisiert, in denen alle Angelegenheiten der Gruppe (in diesem Fall ein Kindergarten) besprochen werden, die alle was angehen. Dabei wird betont, dass Hierarchien bewusst wahrgenommen und ausgeglichen werden müssen, wozu es ganz konkrete Arbeitsschritte vorallem mit den Erwachsenen gibt, die sich ganz stark zurücknehmen müssen. Es sollen sich Jüngere und Schüchterne auf ihre Art äußern können. Es wird den Methoden der gewaltfreien Kommunikation und einfühlsamen Konfliktlösung zumindest in der Theorie eine sehr wichtige Aufgabe beigemessen.

Ich frage mich allerdings warum diese Form der Selbstorganisation mit dem Label "demokratisch" versehen wird. Demokratie hat in unserem Land aus zweierlei Gründen einen schlechten Ruf. Die eine -größere- Fraktion wünscht sich eine autoritäreren Regierung, weil sie das "Gerede" satt hätten, und die andere wünscht sich mehr Basisdemokratie oder gleich die Abschaffung von Regierungen. Ich finde es daher bedenklich, den Begriff Demokratie mit positivem Bezug auf demokratische Regierungen zu nutzen. Den genannten Ansprüchen an Selbst- und Mitbestimmtung genügt unser Staatssytem nicht einmal ansatzweise.

Statt individuelles Eingehen, solidarische Konfliktlösung werden Menschen mit Armee, Polizei, Psychiatrie, Folter, Erziehungsheimen und Knästen fügsam gemacht. Statt Vollversammlungen gibt es die Möglichkeit, alle paar Jahre im wahrsten Sinne des Wortes "seine Stimme abzugeben". Was "die" dann mit deiner Stimme, mit den legitimierenden Massen anfangen, ist dann "ihnen" und den Funktionären in Wirtschaft überlassen. Transparenz durch direkten sozialen Umgang in einer Gruppe wie im Bildungsumfeld ist im Staatsmaßstab nicht möglich. Und jede weiß, dass Transparenz über Selbstorgaprozesse selbst in kleinen Gruppen meist schwierig ist. Ich bin dagegen, den Begriff Demokratie neu zu besetzen. Er ist zu missbraucht, es werden Kriege und Repression, Mord und Totschlag damit gerechtfertigt. Das gleiche gilt für "Menschenrechte". Es wissen viele Menschen, die mit Schulverweigerung, Kinderrechten und antirassistischer Arbeit zu tun haben, dass Worte wie Demokratie und Menschenrechte oft genug repressiv genutzt werddn und dies von den Mächtigen noch nicht einmal gerechtfertigt werden muss. Ob es sich um Ressourcenverteilung oder Durchsetzung der Schulpflicht handelt, es werden Leute zu ihrem "Glück" (zu der Wahrnehmung der Menschenrechte, zu einem nicht mehr angezweifelten Wirtschaftsystem) gezwungen. Und das ist nicht etwa ein Versehen sondern zentraler Teil eines autoritären Systems.

Hier lässt sich überleiten zum Punkt der Herrschaftkritik.

Im Staat und den industriellen Konzernen konzentriert sich Macht in Form von Verfügung über Menschenkraft und Ressourcen. Im Zuge der Industrialisierung und Verwaltung allerb Lebensbereiche in den letzten 300 Jahren wurden Menschen von den in staatlichen Institutionen und in Konzernen konzentrierten Versorungssystemen abhängig gemacht. Die Illusion vom mündigen Staatsbürger ist somit als fieser Zynismus enttarnt, denn "there is no alternative" im angeblichen freiheitlich demokratischen System. Wenn mensch einen Ausweis hat, darf sie (zumindest seit der Wende) sogar das Land verlassen, wenns ihr nicht gefällt.

So sorgt Vater Staat und Mutti Konzern für die Bürger während sie als kindliche Konsumenten (und wenige Produzenten) dazu verdammt sind, um Ressourcen und "Rechte" zu betteln. "Einfordern" klingt natürlich netter in eitlen Ohren. Doch welche Machtmittel werden genutzt, um sie durchzusetzen? Selbst die Justiz ist nur auf der Seite von Menschen, die zur RichterIn zufällig Freundschaft pflegen oder genug Geld mitbringen. Selbst im freiheitlichen Schutzraum der antipädagogischen Schulprojekte wird an die Grenzen im System gestoßen, und wenns nur die ökonomische Situation der Eltern oder nervige Genehmigungsverfahren sein sollten.

Wenn mensch in die Weltgeschichte schaut, kann sie sehen, dass mit der Zentralisierung von Versorgungssystemen Menschen oft gegen starken Widerstand abhängig und verfügbar für wenige Mächtige gemacht wurden. Das ist ein Riesenhinderniss für die so viel beschworene Autonomie und Mitbestimmung. Wie soll ich mitbestimmen, wenn schon alles vorbestimmt ist und ich nur noch zwischen rosa und grün wählen darf? "Die Alternative ist dasselbe in Grün" sagte Betrand Stern bei der EUDEC und rief dazu auf, auszusteigen.

Statt weiterhin auf Vater und Mutter und autoritäre Entscheidungen von oben zu vertrauen und zu hoffen und zu beten, wäre es an der Zeit, Dominanzen abzubauen und sich mit der Nachbarin und dem Menschen auf der anderen Seite der Welt anzunähern, um die Autonomie und Mitbestimmung selbst umzusetzen.

Im bildungskritischen Umfeld trifft Mensch auch oft die Utopie vom idealen Staat als zentrale Ressourcenverteilung statt als Entscheidungsträger im Dienst der Menschen. Ich halte das für eine sehr riskante Vorstellung. Denn überall wo Versorgung und Ressourcen zentralisiert werden, sammelt sich Macht. Wo Macht ist, sammeln sich machthungige Menschen oder werden zu machthungrigen Menschen, die ihre Macht dazu einsetzen, ihre Privilegien zu sichern. Macht korrumpiert und deswegen sollte Mensch garnicht erst zulassen, dass sich gigantische Machtmittel anhäufen lassen!

NO NGO!

oder

wenn viele kleine Menschen an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun...

Eine wichtige Frage in sozialen Bewegungen ist die nach der optimalen Form der Organisation und politischen Strategie.

An der NGOartigen Organisation nach dem Vorbild z.B. von Greenpeace kann einiges kritikwürdiges aufgezeigt werden.

Um dem Entstehen dieser NGOartigen Organisation im emanzipatorischen Bildungsumfeld vorzubeugen möchte ich ein paar Argumente gegen diese Form der Organisation bringen:

- 1. Macht korrumpiert (siehe vorheriger Absatz). Eine NGO legitimiert das Handeln eines "Stellvertretenden Kreises" (bei EUDEC "Council" genannt) über Mitgliederzahlen, Wahlen und Spendengelder.
- 2. Professionalisierung und moderner Ablasshandel. Die in der Orga-etage machen das schon. Ich

zahle meinen Beitrag und muss nicht mehr aktiv werden. Soziales Engagement wird damit konsumierbar. Durch eine scheinbare oder tatsächliche Professionalisierung der Führungsetage wird für den Otto Normalbürger ein eigenständiges Engagement immer undenkbarer. Politische Meinungsbildung, Diskussion und Entscheidung wird an ExpertInnen abgegeben, die damit MACHT bekommen.

- 3. Energie- und kostenaufwändige Verwaltung. Plenas, Mitgliederverwaltung, Außendarstellung und Eigenwerbung frisst die Energie, die in direkten und unbürokratischen Aktionen/Projekten meist wirkungsvoller eingesetzt wären.
- 4. Große NGOs sind anfällig für Vereinahmung durch den politischen Gegner, da der nur wenige Menschen bestechen oder reinlegen muss, die restlichen trotten hinterher in den Abgrund oder werden durch Alibiveranstaltungen ruhiggestellt.
- 5. Ich traue auch jährlich gewählten "VertreterInnen" nicht über den Weg, solange ich nicht im direkten Gespräch mit ihnen bin. Ich kann nicht einschätzen oder halte es ab einer bestimmten Größe für schlicht unwahrscheinlich, dass sie in der Lage sind, ihre persönliche Meinung zugunsten den Meinungen anderer Leute zurückzustellen und sich überhaupt darüber auf dem Laufenden zu halten.
- 6. Das Kämpfen für "das gemeinsame Ziel", welches im Falle der EUDEC einen Grundsatz des selbstbestimmten Lernen umfasst sagt keinen Pieps über den Weg dahin aus. Also wäre eine Diktatur im Namen der selbstbestimmten Bildung auch okay? In der Ökobewegung kam es leider dahin, dass autoritäre Strömungen ehrenwerte Ziele letzlich autoritär von oben umsetzen wollen (Gang durch die Institutionen) und letztlich so sinn- und kopflose Neuerungen wie die Umweltzonen dabei rauskommen. Mit einem vagen Ziel, in welchem alle gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausgeblendet werden, versucht man also, viele Menschen zu mobilisieren. Individuelle Unterschiede werden damit einfach mal weggefegt. Aber dieses Ziel existiert doch nicht im luftleerem Raum. Um glaubwürdig zu sein, müssen gesellschaftliche Rahmenbedingungen dabei zumindest in Frage gestellt werden. Auch auf die Gefahr hin, Mitglieder zu verlieren. Die Gleichmacherei für "ein Ziel" sehe ich als viel riskanter und nicht langfristig an. Erkennbar ist die uniformierende Vereinnahmung auch an einer anbiedernden "Wir"-Rethorik.
- 7. Ausschluss. Zu jeder "in"-group gehört auch eine "out"-group. Ich verstehe, dass mensch manchmal geschlossene oder halboffene Zusammenhänge braucht, um effektiv arbeiten zu können. Doch ich sehe es nicht als zweckmäßig an, auch langfristig angelegte Bewegungen in Gruppen zusammenzufassen und damit indirekt Nicht-NGO-menschen/mitglieder als Bewegung in der öffentlichen Wahrnehmung auszugrenzen, nicht ernst zu nehmen und klein zu halten.
- 8. ExpertInnentum und Priviligierung. Wie oben schon angedeutet werden NGOs oft als professioneller in ihren Darstellungen angesehen. Je nach Bekanntheitsgrad und Macht (Mitglieder, Geld, Hauptamtliche) werden sie bevorzugt zu Veranstaltungen eingeladen, bekommen die besten Infostandplätze, sowie Workshopszeiten zugestanden und einen Platz auf dem Podium. Dadurch werden kleinere und individuelle Initiativen abgedrängt und werden weniger wahrgenommen. Ähnliche oder sehr unterschiedliche Projekte werden am Ende auch noch durch die stärkere (Medien-)Präsenz der einen großen NGO für deren Selbstdarstellung instrumentalisiert und deren Erfolge vereinahmt. So wird aus bunter Vielfalt ein grauer Einheitsbrei gemacht. Und dieser graue Einheitsbrei ist viel leichter kontrollierbar und im Extremfall kriminalisierbar.

9. Konkurrenz. Wenn mehrere NGOs zum selben Thema entstehen, besteht die Gefahr, dass noch mehr Kraft für das Ringen um Mitglieder, Fördermittel, Geld etc. draufgeht. Es wird misstrauisch um die Dominanz im 3. Sektor gekämpft. Ohne Label, Machtpolitik und vereinheitlichende Meinungsmache könnte mensch viel entspannter kooperieren und viel Zeit und Kraft sinn- und freudvoller einsetzen.

Mein Ziel mit diesem Text ist es, den engagierten Individuen in gerade neu entstehenden NGOs wie die EUDEC die anderen Seiten dieser Organisationsform bewusst zu machen, die Auswirkungen haben könnten, welche ihren eigenen Zielen entgegen wirken könnten. Die Frage nach der Organisationsform und Strategie sollte nicht nur in den Wohnzimmern der 10 "Council"-Mitgliedern geklärt werden, sondern mit allen, die sich als Mitglieder oder als Teil der Bewegung für selbstbestimmte Bildung verstehen. In diesem Sinne: Flügge werden!